

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
 □ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 26.

Charlottenburg, Freitag, den 27. Juni 1919.

Jahrg. 46.

Symptome des Staatsbankrotts!

Von Dr. Oskar Stillich,

Dozent an der Humboldt-Hochschule in Berlin.

Die Frage, ob bei uns in Deutschland der Staatsbankrott ausbrechen wird oder ob er vermieden werden kann, wird von vielen nicht beantwortet. Aber sie zeugt von wenig Einsicht in die gegebene Sachlage, und ich möchte sagen von einer gewissen Naivität des Denkens. Denn wir befinden uns bereits mitten in einem Zustand, der alle Symptome des Bankrotts an sich trägt. Wenn daher Professor Julius Wolf in einem Artikel über finanzpolitische Selbsttäuschung im „Volk“ vom 30. April 1919 durch das Mittel einer Auserlegung der direkten Verbrauchs- und Aufwandsteuern die Situation zu retten sucht und erklärt: „Ein Verzicht auf große indirekte Steuern würde den Staatsbankrott unausweichlich machen“, so liegt darin offenbar eine Verkennung derjenigen Symptome, die gegenwärtig bereits als Ausdruck indirekter Zahlungsunfähigkeit volkswirtschaftlich in die Erscheinung treten. Und diese Selbsttäuschung zeigt nicht nur in nationalökonomischen Kreisen, sondern ist weit über hinaus verbreitet. Man glaubt, die Zukunft werde erst über entscheiden, ob der Staatsbankrott eintrete und diskutiert über, ob unsere Wirtschaft die Lasten werden tragen können, die Kriegsschädigungen über sie verhängen.

Und doch stehen wir, wie gesagt, bereits in der Gegenwart mitten im Staatsbankrott. Seine Kennzeichen treten allerdings nicht offen und nackt hervor, sondern verschleiert. Daraus läßt es sich erklären, warum es für die großen Massen des Volkes schwer ist, die finanzielle Lage richtig zu beurteilen. Die meisten stellen unter Staatsbankrott einen Zustand vor, der in der Weise auftritt, daß beispielsweise jemand, der 10 000 Mk. sein eigen nennt, plötzlich am nächsten Morgen, wenn er erwacht, nichts mehr hat — oder daß der Beamte, der bisher regelmäßig sein Gehalt erhielt, heute nur noch einen Teil desselben bekommt — oder daß der Arbeiter, der bisher den vollen Lohn erhielt, heute nur noch einen Teil davon bekommt. Daraus läßt es sich erklären, warum es für die großen Massen des Volkes schwer ist, die finanzielle Lage richtig zu beurteilen. Die meisten stellen unter Staatsbankrott einen Zustand vor, der in der Weise auftritt, daß beispielsweise jemand, der 10 000 Mk. sein eigen nennt, plötzlich am nächsten Morgen, wenn er erwacht, nichts mehr hat — oder daß der Beamte, der bisher regelmäßig sein Gehalt erhielt, heute nur noch einen Teil desselben bekommt — oder daß der Arbeiter, der bisher regelmäßig seinen Lohn erhielt, heute nur noch einen Teil davon bekommt. Daraus läßt es sich erklären, warum es für die großen Massen des Volkes schwer ist, die finanzielle Lage richtig zu beurteilen. Die meisten stellen unter Staatsbankrott einen Zustand vor, der in der Weise auftritt, daß beispielsweise jemand, der 10 000 Mk. sein eigen nennt, plötzlich am nächsten Morgen, wenn er erwacht, nichts mehr hat — oder daß der Beamte, der bisher regelmäßig sein Gehalt erhielt, heute nur noch einen Teil desselben bekommt — oder daß der Arbeiter, der bisher regelmäßig seinen Lohn erhielt, heute nur noch einen Teil davon bekommt.

Ein offener Bankrott, wie er früher vorzukommen pflegte, trat bei uns in der Weise zutage, daß der Staat auf den verschiedensten Gebieten seine Zahlungen einstellte. So war es in Preußen nach der Niederlage des Jahres 1806. Die Beamten erhielten nur noch Teile ihres Gehalts, den Rest mußten sie dem Staate stunden. Der Zinsendienst der Staatsschuld wurde reduziert und auch andere Staatsverpflichtungen konnten nicht erfüllt werden. Solche offenen Staatsbankrotte hat es in der Geschichte fast aller Staaten in früheren Jahrhunderten gegeben. Länder, die heute glänzend dastehen, wie z. B. England, Frankreich, die Vereinigten Staaten, gehörten noch im Anfang der 1890er Jahre zu den insolventen Schuldnern. Von den Staaten der Gegenwart ist es nur die Sowjet-Republik, die in unzweideutiger Form den offenen Staatsbankrott erklärt hat, indem sie große Geldebeträge wertlos erklärte, die Anleihen annullierte usw. Aber in anderen, vom Kriegesgeschick betroffenen Ländern, zu denen Deutschland gehört, melbet sich der Bankrott in anderer Form an. Es tritt nicht offen, sondern verschleiert hervor. Diese für unser gegenwärtiges Staatswesen charakteristischen Symptome des Bankrotts haben wir jetzt näher zu betrachten.

Seine Kennzeichen sind andere als die der unmittelbaren Zahlungseinstellung. Wir sehen ja, wie jetzt während der Revolution die Notenpresse arbeitet und die Geldmittel geschaffen werden, um alle Verpflichtungen zu erfüllen: der Zinsendienst ist aufrecht erhalten, die Kupons werden eingelöst, und kein Beamter braucht auf sein Gehalt auch nur eine Stunde länger zu warten als bisher. Ja, das Reich zahlt sogar den Arbeitslosen gewaltige Unterstühtungen aus, unterhält eine sehr kostspielige Militärmacht und gibt auch sonst für die verschiedensten Zwecke Geld aus, das prompt gezahlt wird.

Wollen wir uns über den heutigen Zustand Klarheit verschaffen, dann müssen wir die Symptome des versteckten Bankrotts aufsuchen, der in großen Partialwirkungen unser wirtschaftliches und soziales Leben heimsucht und in dessen kalten Schatten die Gegenwart ruht.

Das wichtigste Kennzeichen desselben ist die Erkrankung unseres Geldwesens: die unaufhaltbare Entwertung der deutschen Reichsmark. Aber wohlgemerkt: nicht das Sinken unserer Valuta an sich ist ein Zeichen des Staatsbankrotts denn es besteht auch in anderen Ländern, deren Finanzwesen noch gesund und intakt ist, sondern die Tatsache, daß der Staat diesem Sinken bei uns nicht mehr Einhalt zu gebieten vermag, daß er gezwungen ist, die Notenpresse immer weiter in Bewegung zu setzen und dadurch der Entwertung immer weiteren Vorschub zu leisten. So ist es gekommen, daß das deutsche Geld im Ausland 300 Proz. unter der Friedensparität steht, d. h. 3 Mk. zurzeit eigentlich noch weniger wert sind, als früher 1 Mk. Dem entspricht auf der anderen Seite ein ungeheures Goldagio eine immer größer werdende Differenz zwischen Papier und Metall.

Diese Geldentwertung hat zur Folge, daß der Staat aus eigener Kraft immer weniger fähig wird, im Auslande genügend Nahrungsmittel einzukaufen, um die Bevölkerung zu ernähren und genügend Rohstoffe, um die Industrie zu speisen und in Gang zu setzen. Er kann es noch, aber unter unerhörten Opfern und durch Mittel, die seine finanzielle Abhängigkeit weiter vermehren. Das Reich ist also nur imstande, um den Preis eines gewaltigen Einfuhrzolls, den es dem Auslande gegenüber zu entrichten hat, und der in hohem Maße prohibitiv wirkt, einen Import überhaupt zu ermöglichen.

Der maskierte Staatsbankrott kommt weiter zum Ausdruck in der Bewertung der Kriegsanleihen. Es gelingt nicht mehr durch staatliche Intervention den Kurs zu halten. Allerdings zahlte vor dem Bekanntwerden des Vorfriedensvertragsentwurfs die Reichsbank für kleine Beträge noch einen Preis von 87½ Proz. Seit dem 26. Mai aber beträgt der Aufnahmekurs nur noch 80 Prozent, und zwar für Beträge von 2000 Mk., wobei der Verkäufer nachzuweisen hat, daß er Zeichner der Anleihe war. Im freien Markt notierten die Kriegsanleihen damals nicht viel über 80 Proz. Am 20. Mai war der Kurs auf ca. 73 Proz. gefallen! Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er weiter sinken wird. Damit tritt eine automatische Verminderung der Anleiheschuld ein. Nehmen wir einmal an der Kursabfall würde 30 Proz. betragen, dann würden die nahezu 100 Milliarden Mark Schuldverschreibungen nur noch 70 Milliarden wert sein, und diese Verflüchtigung ungeheurer privater Vermögensbestandteile würde ohne jede offizielle Annulierung gleichsam von selbst, durch das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage, vor sich gegangen sein.

Aber auch in bezug auf die Verpflichtung des Reichs, die Kriegsanleihen zu verzinsen, werden bereits die ersten Symptome des Bankrotts sichtbar. In dem neuen Steuerprogramm der Regierung befindet sich eine 10prozentige Kapitalertragssteuer, deren

Ergebnis auf 1,3 Milliarden geschätzt wird. Das bedeutet eine effektive Heruntersetzung der in Schuldverschreibungen verbrieften Staatsverpflichtungen um ein Zehntel. Der bis 1924 als fest garantierte Zins der Kriegsanleihe bleibt zwar nominell auf 5 Prozent bestehen, in Wirklichkeit aber beträgt er, wenn die Steuer eingeführt wird, nur noch 4½ Prozent, und das ist sicher erst der Anfang der Zinsreduktion; denn der Niefenbetrag ist auf die Dauer nicht aufzubringen.

Der verschleierte Staatsbankrott tritt weiter in der Impotenz des Reiches und der Einzelstaaten zutage, das Gehalt ihrer Beamten mit den veränderten wirtschaftlichen Anforderungen in Einklang zu bringen. Die Festbesoldeten sind die speziellen Leidtragenden der neuen Zeit. Denn der Staat, der die Garantie eines gewissen bleibenden Zustandes seiner Beamten übernommen hat, ist nicht mehr imstande, seiner Verpflichtung zur Aufrechterhaltung desselben nachzukommen, ihnen ein Gehalt zu zahlen, das in einem erträglichen Verhältnis zu den Preisen der Lebensnotwendigkeiten und den Anforderungen ihrer Lebenshaltung steht. Die Regierung hat das auch offen zugestanden. So heißt es z. B. in einer Erklärung des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten an den Deutschen Eisenbahnerverband (Mai 1919): „Angesichts der schwierigen Lage in der sich gegenwärtig der weitaus größte Teil der Bevölkerung befindet ist das Streben der Eisenbahner nach einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse als durchaus berechtigt anzuerkennen. Dies auf dem Wege einer Erhöhung des Einkommens herbeizuführen, ist aber für den Staat unmöglich. Die hierzu erforderlichen Mittel aufzubringen, ist er gänzlich außerstande.“ In dieser Begründung liegt nichts anderes als das Eingeständnis des Bankrotts.

Hand in Hand mit der durch den Krieg und die Maßnahmen zur Aufbringung der notwendigen Mittel hervorgerufenen völligen Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse geht eine merkwürdige Erscheinung, die vorläufig von unserer Bevölkerung nicht erkannt und nur von wenigen begriffen wird: die Aufsaugung des privaten Reichtums durch die öffentlichen Körper. Wir leben gegenwärtig in einer Zeit, in der es zwar noch nominell, aber nicht mehr de facto reiche Leute gibt. Denn das Vermögen und Einkommen aller derjenigen, die es nicht inzwischen im Auslande in Sicherheit gebracht oder es in ausländischen Staatspapieren und Aktien angelegt haben — die ja aber auch zum größten Teil inzwischen der Beschlagnahme durch das Reich verfallen sind — oder es schließlich durch verschleierte Bilanzierung und andere Maßnahmen zu verbergen verstanden haben, ist durch eine große Reihe von Forderungen in so hohem Maße vorbelastet, daß eigentlich kaum noch etwas übrig bleibt. Diese Forderungen stellen eine Anzahl von Hypotheken dar, deren Größe noch gar nicht berechnet werden kann. Hierher gehören als erster bevorrechtigter Posten die Entschädigungsansprüche der Entente, die Kriegsunterstützungsansprüche der Verwundeten, Witwen und Waisen der Gefallenen, der Schulden- und Zinsendienst des Reichs, der Einzelstaaten und Kommunen usw. Diese hypothekierten Vermögens- und Einkommensquoten verwandeln alle Kapitalisten in Skapitalisten.

Das alles sind Symptome des heute bestehenden Zustandes unserer wirtschaftlichen Lage und des mit ihr auf Gedeih und Verderb verbundenen Staatswesens. Ob sie sich vermehren oder vermindern werden, steht dahin. Ich glaube jedoch nicht, daß der Schleier, der die Finanzlage umhüllt, durch die Erklärung des offenen Staatsbankrotts rücksichtslos weggerissen wird. Denn dies könnte das Uebel nur verschlimmern. So würde sicherlich z. B. die Annulierung der Kriegsanleihen, obgleich sie das Reich von einem gewaltigen Passivposten befreite, katastrophale Folgen haben. Die politische Aufgabe der Regierung kann daher nicht darin bestehen, den Zustand durch solche Maßregeln zu verschärfen, sondern darin, den verschleierte Bankrott zu organisieren und Maßnahmen zu treffen, die seine Folgen ökonomisch auf ein Minimum reduzieren. Die ganze Staatskunst der Gegenwart wird sich darauf konzentrieren müssen, die Neuordnung der Finanzen in die Wege zu leiten und so im Rahmen des Möglichen den Gesundungsprozeß vorzubereiten. Diese Erwartung unter dem Druck der ungeheuren internationalen Last der Friedensbedingungen durchzuführen, ist jetzt die gewaltigste Aufgabe eines Genies übersteigende Aufgabe, die dem neuen Reichsfinanzminister zu lösen obliegt.

Aus unserm Berufe.

Chemnitz. Die hiesigen Schildermeister befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Forderungen sind an sämtliche Unternehmer eingereicht. Die Entscheidung steht noch aus. So lange wir nicht berichten können, daß die Bewegung zugunsten der Kollegen beendet ist, ersuchen wir die Kollegen, Arbeitsangebote nach Chemnitz nicht zu richten.

Fraureuth. Im hiesigen Betriebe sind die Lohnvereinigen vom 5. Dezember 1918 zwischen den organisierten Arbeitern und Arbeitern immer noch nicht für alle Arbeiter durchgeföhrt. Laut der vorgenannten Vereinbarung sollte Löhne vom 9. November 1918 ein Aufschlag von 100 Prozent werden. Herr Generaldirektor Singer hatte sich ausgerechnet er besser wegkommt, wenn er auf die Löhne von 1913 diesen Prozentaufschlag zahlt. Demzufolge wurde auf seinen Vorschlag im Beisein des Demobilisierungskommissars und eines Löhnervertreter von Reuß a. L. ausgemacht, daß die Löhne von 1913 maßgebend sein sollen. Nun ist Herr Singer dabei auch auf einen wunden Punkt gestoßen. Bei den Kapseldrehern sind 1914 die Löhne reduziert worden und nun soll den Kapseldrehern auf die Löhne von 1913, die höher waren, als die Löhne von 1914 der 100-Prozentaufschlag gewährt werden. Das scheint wieder nicht gehen zu wollen, demzufolge warfen die Kapseldrehern heute noch auf die Lohnaufbesserung. Uns scheint, daß die in Fraureuth geübten Praktiken beinahe den Charakter annehmen. Wundern muß man sich auch über die Arbeiterchaft, die solches Treiben sich fortwährend erlaubt. —

Im Monat April waren in unserem Verband Arbeiter vorhanden: Männliche Mitglieder 1884 oder 12,8 v. H., weibliche 1790 oder 15,6 v. H., zusammen 3674 oder 14,0 v. H. Im März d. J. betrug die Arbeitslosenziffer 9,4 v. H., im April 1919 10,5 v. H. Der Kohlenmangel treibt die Arbeitslosenziffer wie gewöhnlich in die Höhe. Es sind nur ganz wenige Berufe, die viele oder noch mehr Arbeitslose aufzuweisen haben, als in unserem Verband vorhanden sind.

Das im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichte Zählungsverzeichnis pro Monat April liefert uns aber nebenher auch noch einen anderen Beweis, nämlich den, daß für ca. 3000 Mitglieder von seiten der Zahlstellen nichts berichtet worden ist. Sind in den Zahlstellen die nicht berichteten, Arbeitslose nicht vorhanden, dann hätten die betreffenden Kassierer um so weniger Mühe aufzuwenden brauchen, die Zählkarte auszufüllen, weil sie nur die Zahl der vorhandenen Mitglieder anzugeben brauchen. Wir müssen bei dieser Gelegenheit unsere Zahlstellenkassierer erneut hinweisen auf die Wichtigkeit solcher Zählungen und müssen verlangen, daß jeder einzelne Zahlstellenkassierer seine Verpflichtung erfüllt und die Zählkarte regelmäßig am Schluß des Monats ausfüllt und an das Verbandsbüro einsendet.

Die am Schluß des April ermittelte Gesamtmitgliederszahl beträgt 29 837. Inzwischen dürfte sich auch diese Zahl wesentlich erhöht haben. Die Auflageziffer unseres Verbandsorgans beträgt gegenwärtig 33 500, so daß anzunehmen ist, die Mitgliederzahl beträgt rund 32 000. Die Agitation hat erfreuliche Fortschritte gemacht; sie darf aber auch nicht nachlassen und nicht erlahmen. Lange nicht alles, was in den feinkeramischen Betrieben beschaffen ist, auch in unserem Verbandsorganisiert ist.

Die zentralen Verhandlungen zwischen den organisierten Industriellen der Steingutbranche und den Arbeiterorganisationen sind stattgefunden, und zwar am 17. und 18. Juni cr. in Chemnitz. Sofern das Verhandlungsprotokoll vorliegen wird, werden wir daselbe im Wortlaut zur Kenntnis unserer Mitglieder bringen. Für heute sei nur so viel bemerkt, daß es erfreulicherweise gelungen ist, auch hier eine Verständigung zu erzielen nach Ueberwindung nicht unerheblicher Schwierigkeiten. Der Wille zur Verständigung war u. E. auf beiden Seiten in gleich starkem Maße vorhanden. Es wurde vereinbart, in den Steingutgeschirrfabriken die Löhne nach dem Stande vom 31. Juli 1914 um 35 Prozent zu erhöhen. Auf diese erhöhten Löhne wird der bisher berechnete Zuschlag von 125 Prozent weiter gezahlt. In den Spülwarenfabriken der Spülwarenbranche werden die Löhne der Arbeiter um 30 Prozent, die Löhne der Stundenlohnarbeiter um 20 Prozent erhöht. Die Abschaffung der Akkordarbeit wurde abgelehnt. In der Frage der Mindestlöhne bestand auf seiten der Unternehmer Bereitwilligkeit, Mindestlöhne festzusetzen; jedoch konnte über diese Frage ein Einverständnis nicht erzielt werden. Jedoch soll diese Frage im Auge behalten, und zwischen den beiderseitigen Organisationen weiter vorbereitet werden, um zu gegebener Zeit eine beide Teile befriedigende Lösung finden zu können. In der Ferienfrage wurde vereinbart, Ferien von 4 bis 6 Arbeitstagen zu gewähren. Die Vereinbarungen gelten vorläufig bis zum 31. Dezember d. J.

Die vereinbarten höheren Löhne werden in der dem 18. September folgenden Lohnperiode erstmalig zur Auszahlung gebracht. Es ist das nicht überall möglich und durchführbar sein, dann bitten wir die Kollegen deswegen nicht beunruhigt zu fühlen, die Auszahlung ist ihnen gewiß.

Vermischtes.

Preissenkung und Verteilung von Lebensmitteln und Berufsartikeln. Das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, das sich aus Vertretern dieses Verbandes und der Gewerkschaften der Bäcker, Handlungsgehilfen und Transportarbeiter und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zusammensetzt, faßte in seiner am 5. Juni abgehaltenen Sitzung, in der es genötigt war, eine weitere erhebliche Erhöhung der von den Konsumgenossenschaften zu gewährenden Teuerungslagen vorzunehmen, nach gründlicher Aussprache über Ursachen und Wirkungen der fortgesetzten Lohnforderungen einstimmig folgenden Beschluß:

„Das Tarifamt empfiehlt der Generalkommission der Gewerkschaften, dem Zentralverband und der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, unverzüglich in Fortsetzung ihrer bisherigen Bemühungen gemeinsam bei den berufenen Reichsstellen auf die Senkung der Lebensmittelpreise und die zweckmäßige Verteilung vorhandener Bestände von Lebensmitteln und Berufsartikeln zu erschwinglichen Preisen unter weitester Hinzuziehung Verbraucherorganisationen hinzuwirken.“

Versammlungsberichte.

Fraureuth. In der am 14. Juni in „Vollstädt's Restaurant“ abgehaltenen gut besuchten Versammlung wurden, nach Verlesen des Protokolls, einige Erziehungswahlen vorgenommen, und zwar 1. für den aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Zahlstellenkassierer Josef Martin, 2. die Wahl einstimmig auf den Kollegen Bruno Stephan. 3. Es wählte sich die Wahl eines Unterkassierers für den Kollegen Edward Scherer notwendig; hierzu wurde der Kollege Paul Kurz einstimmig gewählt. 4. Auch mußte die Wahl des Schriftführers für den durch Berufswechsel auscheidenden Kollegen Gustav Millian vorgenommen werden, an dessen Stelle wählte man einstimmig den Kollegen Otto Runze. Die Wahl für den abgereisten Bibliothekar Rudolf Damar fiel einstimmig auf den Kollegen Max Scheffel, und 5. durch die Wahl des Kollegen Bruno Stephan zum Zahlstellenkassierer, welcher bisher das Amt des Kassierers einnahm, wurde der Kollege Theodor Lein als Kassierer gewählt. Sämtliche nahmen die Wahl an. Beschlossen wurde, auch für dieses Jahr ein Stiftungsfest abzuhalten, welches als Agitationsmittel dienen soll. Als Lokal hierzu wurde das hiesige Gasthaus „Hotel Postkeller“ in Aussicht genommen. Die Musik soll dem „Konzertina-Club“ Huppertsgrün übertragen werden. Alles andere wurde zur weiteren Ausarbeitung der Verwaltung übergeben, welche auch das Datum festzulegen hat. Weiter fand eine Aussprache über unsere finanzielle Lage statt. Hierzu verlas der Vorsitzende den in Nr. 24 in der „Ameise“ erschienenen Bericht über die zentralen Lohnverhandlungen in der Porzellanindustrie, worin ersichtlich ist, daß laut Vereinbarung des Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbandes eine 33 1/2 prozentige Lohnerhöhung ab 1. Juni gewährt wird. Diese Angelegenheit wurde zur schnellsten Erledigung dem Arbeiterausschuß überwiesen, welcher aber nur dahin zu streben hat, bei Verhandlungen mit der hiesigen Firma die Anerkennung unseres Verbandes in den Vordergrund zu stellen, auf daß in den weiteren Verhandlungen ein Verbandsvertreter mit zugegen sein kann. Von einer Anerkennung unseres Verbandes soll diesmal nicht abgesehen werden. Besonders große Erregung brachte hervor, daß es hier immer noch Arbeiter gibt, welche auf Kosten anderer Lohnerhöhungen mit einheimisen. Mit diesem kleinen Rest von unorganisierten soll nunmehr einmal gründlich Rücksprache genommen werden. Unter Punkt „Verschiedenes“ empfiehlt der Kassierer, Josef Martin, sich der hiesigen Sterbekasse anzuschließen, da diese Kasse für die Mitglieder sowie deren Familie eine gute Unterstützung bietet. Auch macht er allen Mitgliedern zur Pflicht, ihre Quittungsbücher bis zum Quartalschluß abzustempeln, damit der neue Kassierer einen geregelten Überblick hat. Weiter wurde die Geheimtreiberei mit dem hiesigen Krankenkassenstatut bemängelt, weil die Mitglieder nicht einmal erfahren können, was ihre eigentlichen richtigen neuen Unterstützungsbedingungen sind. Da in dieser Kasse in kurzer Zeit Neuwahl des Ausschusses vorzunehmen ist, so soll der neue Krankenkassenausschuß die Aufgabe haben, auch hier einmal ordentlich Remedur zu schaffen. Öffentlich bedauert der gegenwärtige Ausschuß seinen Einzug mehr.

Betreffs Reinigen der Räume bleibt auch wiederum viel zu wünschen übrig, was zur Regelung dem Arbeiterausschuß übergeben wurde. Weiter wurde einstimmig als berechtigt anerkannt, daß nach langjähriger Tätigkeit den Hilfsarbeitern 100 Proz. des Lohnes der gelernten Arbeitern zu zahlen ist; denn dieselben haben eine noch längere Abisolierung als die Lehrlinge hinter sich. Auch dieses wurde zur schnellsten Erledigung dem Arbeiterausschuß überwiesen. Kollege Max Scheffel wurde bekannt, daß von jetzt ab die Bibliothek immer 1/2 Stunde vor dem Beginn der Versammlungen geöffnet ist und erjucht alle Mitglieder, ihren etwaigen Bedarf zur genannten Zeit decken zu wollen. Noch wurde den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, ihre Beiträge nach den festgelegten Bestimmungen des Verbandsstatuts laut ihres Verdienstes in Zukunft zu entrichten. Vielseitige Aussprache brachte das unregelmäßige Erscheinen der „Ameise“ hervor. In anderen naheliegenden Fällen geht das Verbandsorgan jeden Donnerstag, bezw. schon am Mittwoch ein, und hier ist dasselbe noch nicht einmal am Sonnabend in unseren Händen. Der Grund hierfür konnte leider bis jetzt noch nicht zutage gebracht werden. Hierzu wurde der Schriftführer beauftragt, der Redaktion der „Ameise“ den Wunsch zu unterbreiten, wenn es möglich ist mit beitragen zu helfen, daß auch hier die „Ameisen“ früher einlaufen, damit der Unterkassierer das Organ beim Kassierer mitbringen kann. (Die „Ameise“ werden hier regelmäßig jeden Dienstag zur Post gebracht. Wenn Fraureuth diese immer zu spät erhält, dann hat es an der Post. Die Redaktion fragt der Organempfänger einmal beim

bortigen Postamt nach, warum die „Ameisen“ dort immer so spät ein treffen. Die Red.) Beschlossen wurde, eine Präsenzliste in Zukunft einzuführen, um am Jahreschluß einen übersichtlichen Versammlungsbesuch festzustellen.

Rahla. In der am 4. Juni stattgefundenen Zahlstellenversammlung, die sehr zahlreich besucht war, erstattete der Vorsitzende als Teilnehmer an den stattgefundenen Lohn- usw. Verhandlungen in Berlin Bericht über dieselben. In längeren Darlegungen ging er auf die den eigentlichen Verhandlungen mit den Unternehmervertretern vorausgegangene, einen vollen Tag in Anspruch nehmende Sitzung der Delegierten aus den acht Zahlstellen mit der Verbandsleitung und den mitanwesenden Gauleitern ein und betonte, daß sich in dieser Sitzung so recht gezeigt habe, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, bevor den Unternehmern einheitliche Forderungen unterbreitet werden konnten. Die an die Verbandsleitung gerichteten Forderungen aus den verschiedenen Zahlstellen konnten als Basis der Verhandlungen nicht angesehen werden. So berechtigt jede dieser Forderungen im Augenblick erscheinen mochte und so begreiflich sie alle erschienen: in allen Fällen weit voneinander abweichend und auseinandergehend, vielfach unklar und sich widersprechend, meistens auf örtliche Verhältnisse zugeschnitten, wäre es unmöglich gewesen, dieselben vor den Unternehmern mit Aussicht auf Erfolg vertreten zu können. Es mußte deshalb erst eine Grundlage geschaffen werden, auf welcher sich Verhandlungen überhaupt abwickeln ließen. Und diese Grundlage glaubten die Verhandlungsteilnehmer gefunden zu haben in dem vom Verbandsvorstand an die Unternehmer ergangenen, in der Nr. 22 der „Ameise“ veröffentlichten Forderungen. Er geht sodann auf die einzelnen Punkte dieser Forderungen ein und erklärt und begründet seine, sowie auch die Stellungnahme der mit anwesenden Kollegen zu den einzelnen Punkten, dabei betonend, daß auch seitens der Unternehmervertreter nicht in den Wind zu schlagende beachtliche Ausführungen zu den verschiedensten Punkten gemacht wurden. So insbesondere in bezug auf den Fortbestand und die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie. Das Produkt mehrerer angelegener geistiger Arbeit wäre nun das, was der Berichterstatter den Kolleginnen und Kollegen als Lohnaufbesserung und sonstige Vorteile gegenüber früher mitgebracht habe und er kann berichten, daß bei einem Teil der dort anwesenden Arbeitgebervertreter das Bestreben sich gezeigt habe, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, allerdings nicht in dem Maße, als es unsere Kollegen wünschen. Das diesmal Erreichte ist gegenüber früheren Erfolgen als einzig dastehend zu bezeichnen, nur läßt die augenblickliche anerkannte Notlage in Verbindung mit der geringen Arbeitsmöglichkeit die Wirkung des Erfolges nicht in vollem Umfange erkennen. Wenn auch nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten, so sei doch das Erreichte ein ziemliches Stück vorwärts und die Grundlage, auf der sich ein baldigst abzuschließender Tarifvertrag, den auch die Unternehmer wünschen, aufbauen läßt. Das wilde Drauflosfordern müßte aber nun einmal aufhören, um so mehr, als sich die Vertreter unserer Organisation verpflichteten, den Unternehmern gegenüber, ihren Einfluß dahingehend zu betätigen, daß die Vereinbarungen voll und ganz zur Durchführung gelangen. Die in letzter Zeit etwas gelockerte Disziplin muß wieder gefestigt werden und der auch von den Unternehmern anerkannte erzieherische Einfluß der Organisation muß wieder seine volle Wirkung ausüben. Seitens der Unternehmer wurde allgemein das Streben nach einer Arbeitsgemeinschaft, welche zwischen den Arbeiter- und Unternehmerorganisationen bestehen soll, hervorgehoben; alle Fragen bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nur von Organisationsseite zu Organisation geregelt werden. In diesem Streben liegt die reifste Anerkennung der Organisation seitens der Unternehmer und in Konsequenz dessen besteht für die Arbeiter die Verpflichtung des reiflichen Anschlusses an ihre Berufsorganisation.

In der sich an den Bericht anschließenden Aussprache wurden Fragen gestellt bezüglich der Ausführung und Wirkung der Vereinbarungen, die vom Vorsitzenden sinngemäß beantwortet wurden.

Genosse Leube erstattete hierauf den Kartellbericht. Hervorzuheben aus diesem sind die Ausführungen über Jugendbewegung und Schulunterricht in den Volksschulen. — Der Vorsitzende teilte noch mit, daß die Zahlstelle pro Vierteljahr 10 Mk. für Jugendbewegung (wie vor dem Kriege) beisteuert. Ausführungen über internationales Arbeiterrecht, Gewerkschaftskongress und die Verbandsgeneralversammlung bildeten den Schluß der Versammlung.

Langwieschen. Die am 31. Mai stattgefundenen Zahlstellenversammlung hatte sich eines recht regen Besuches zu erfreuen; möchten wir in der Zukunft immer in der Lage sein, dasselbe berichten zu können. Die Wahlen der Betriebsräte waren eines der wichtigsten Punkte unserer Tagesordnung. Da jedoch der Kohlenmangel in hiesiger Fabrik chronisch geworden zu sein scheint, konnte auch da nur ein Strohstopp gebräutet werden. Möchten sich doch endlich die berufenen Gewerkschaftsführer ins Mittel schlagen, um eine gerechtere Verteilung der Kohlen zu bewerkstelligen.

Der Antrag zwecks Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises konnte, trotz der Dringlichkeit, aus verschiedenen Gründen nicht nähergetreten werden. Des weiteren wird Klage geführt, daß der Hauptvorstand die Zahlstellenverwaltung über die bereits stattgefundenen zentralen Lohnverhandlungen nicht unterrichtet hat. Es mußte somit wirken, daß unser Vorsitzender, vom Unternehmer über diese Angelegenheit befragt, keine Aufklärung geben konnte, da er durch den Prinzipal das erste Wort in dieser für uns sehr wichtigen Angelegenheit erfuhr. Die Versammlung ist der Meinung, daß in Zukunft bei derartigen Fällen die Verwaltung durch Rundschreiben oder durch die „Ameise“ in Kenntnis gesetzt wird, um nicht erst durch den Unternehmer in derart wichtige Sachen eingeweiht zu werden.

Betreffs der Resolution Schönwald entspann sich eine lebhafteste Debatte, und stellt sich die Versammlung auf den Standpunkt der Schönwalder Kollegen. Auch wir glauben ein gutes Recht zu haben, gegen derartige Regierungsmaßnahmen zu protestieren; wir wollen als wirklich freie Gewerkschaftler nicht alles willenlos schlucken, was uns von gewisser Seite vorgezückt wird. Geht man doch in letzter Zeit dazu über, unsere einzige Waffe, das Streikrecht, zu unterbinden. Die Herren am grünen Tisch haben vorläufig leider nicht damit zu rechnen, wegen besserer Arbeitsbedingungen in einen Streik eintreten zu lassen. Man glaubt sich wirklich durch heranzugehende Maßnahmen in das reaktionäre

Beitrag befehlt. Vor allen Dingen möchten wir dagegen Protest erheben, daß diejenigen, die nicht in das Horn des Hauptvorstandes bläsen, bei ihren Versammlungsberichten, mit einer Anmerkung eines der Vorstandsvertreter zu rechnen haben, wie das schon in der Sparatufus-Angelegenheit „Goldblauer“ der Fall gewesen ist. Soll denn nach der Anmerkung des Gen. Wollmann Wort und Schrift nur nach dem Schema einiger Vorstandsvertreter zugelassen sein? Wir meinen doch, daß uns die im Keime erstickte Revolution das eine gebracht hat, frei von der Leber zu reden und schreiben, ohne nach rechts oder jetzt auch nach links schielen zu müssen.

Wenn schon Gen. Wollmann von einer politischen Skandalerei in der Gewerkschaftsbewegung schreibt, so ist das zu verstehen, es paßt eben jedenfalls nicht in das Programm.

Trotzdem auch wir in unserem stillen Waldort der verfeimten unabhängigen Richtung in Partei und Gewerkschaft angehören, haben wir von einer Berückung durch angeblich politische Skandalerei nichts wahrgenommen. Wir können nicht stillschweigend zusehen, wie einer Zahlstelle das Recht ihrer freien Meinung abgesprochen werden soll. Es ist wohl gelinde gesagt eine Taktlosigkeit und Verletzung der Vorstandsbefugnisse, wenn Gen. Wollmann versucht, die Zahlstellen zu beeinflussen, nicht im Sinne unserer Schönwalder Kollegen zu handeln. Die Versammlung beschließt entgegen der Maulhaltepolitik des Gen. Wollmann die Schönwalder Zahlstelle im Interesse einer wirklich freien Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen. Mögen recht viele Zahlstellen davon Gebrauch machen.
Oskar Hartung, Vorsitzender.

Briefkasten.

Versammlungsbericht aus Rheinsberg mußte wegen Raummangel zurückgestellt werden.

Zur Beachtung für die Zahlstellenkassierer.

Mit dieser Nummer (26) „Die Ameise“ erhalten die Kassierer die (gelbe) Zählkarte für die Arbeitslosenzählung pro 2. Quartal d. J. Es wird dringend ersucht, diese Karte am Stichtage, dem 28. Juni, auszufertigen und sofort, spätestens am 4. Juli, an das Verbandsbureau einzusenden. Das Verbandsbureau.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin. Porzellanbranche. Sitzung am Mittwoch, den 25. Juni, abends 7½ Uhr, bei Wählich, Skalitzerstr. 23. Lohnbücher sind mitzubringen.

Breslau. Freitag, den 4. Juli, nachm. 5 Uhr, im „Selbschlöffel“, Weinstr. 53/55.

Frauenth. Sonnabend, den 12. Juli, abends 8 Uhr, bei Bollstädt.

Gräfenhain. Sonnabend, den 28. Juni, abends 8 Uhr, im „Steigerhaus“.

Gräfenhain. Sonntag, den 29. Juni, nachm. 3 Uhr, in Boß und Leich bei Arnold für die Betriebe in Lippelsdorf, Taubenbach, Boß und Leich, und Piesau. Regere Beteiligung erwartet. Die Verwaltung.

Magdeburg. Donnerstag, den 3. Juli, abends 7 Uhr, bei Paul Garnat, Schmidtstr. 58.

Liepenfurt. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Adressen-Änderungen.

Frauenth. Schriftführer: Otto Kunze, M., Berdamerstr. 17. Kassierer: Bruno Stephan, Dreher, Fürstenstr. 24.

Jecha b. Sondershausen. Vorsitzender: Paul Kunze, Sondershausen, Marktstr. 5. Schriftführer: Karl Lieberam, Berka, Hintere-straße 27. Kassierer: Paul Wötner, Schäfersstr. 79 d. Revisoren: Walter Falck, Hachelbich, Hauptstr. 24; Hugo Starke, Sondershausen, Hofengasse 4.

Koburg. Vorsitzender: Max Röser, Kalenderweg 3. Schriftführer: Hugo Morgenroth, Dessau. Revisoren: W. Gärtner, Dessau; Fritz Haller, Ketjchengasse 4.

Köschitz b. Gera (Neuh.). Vorsitzender: Walter Schaller. Schriftführer: Alfred Hebenstreit, M., Gera, Friedrichstr. 62. Kassierer: Otto Geiner, M., Nr. 63. Revisoren: Otto Schmale, M., Untermhaus, Fabrikgasse 1; Arthur Kugel, M., Langenberg, Heinrichstr. 1c.

Waldsiedel (Oberhalb). Schriftführer: Konrad Lang. Kassierer: Johana Dr. ... Revisor: Aloysius Spertter.

Sterbetafel.

Karl Kanne, Maler, geboren am 14. Juni 1858 in Reichenstein (Schlesien), gestorben am 10. Juni an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1910.

Oskar Jöhr, Fasser, geboren am 21. Januar 1855 in Magdeburg, gestorben am 28. Mai. Mitglied seit 1918.

Heinrich, Kreis Stg. Hermann Wiedlein, Dreher, geboren am 4. Juli 1901 zu Neuhans, gestorben am 3. Juni an Malariaerkrankung. Mitglied seit 1917.

Ehre ihrem Andenken!

Totenliste unserer im Felde gestandenen Kollegen

Im großen Völkermorden ließen folgende Mitglieder der hiesigen Zahlstelle ihr Leben:

1. Bauer, Franz, Maler. — 2. Bellanger, Arthur, Brenner.
3. Döring, Karl, Dreher. — 4. Dunse, Max, Brenner. — 5. Eise Ernst, Brenner. — 6. Gräfenstein, Max, Former. — 7. Kämpf Karl, Dreher. — 8. Wämpel, Ernst, Drucker. — 9. Wämpel, Otto, Dreher. — 10. Rüdiger, Wilhelm, Maler. — 11. Sig, Otto, Dreher. — 12. Schirm, Armin, Maler.

Ihr Andenken wird bei der Zahlstelle fortbestehen!

Die Verwaltung der Zahlstelle Blaue i. Thüringen.

Aus Anlaß meines 50jährigen Jubiläums als Mitglied un-
Verbandes (am 1. Juni 1869 trat ich als Mitglied dem eben neuge-
deuten Gewerbeverein der Porzellan- und Glasarbeiter bei) sind mir
der Zahlstelle Althaldensleben so viele Beweise kollegialer Anerken-
dargebracht worden, daß es mich drängt, allen meinen werten Kol-
meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Insbesondere danke ich
das reichliche Geldgeschenk, welches mir durch unseren Kassierer,
legen Scheiba, überreicht wurde.

Möge es recht vielen meiner Kollegen vergönnt sein, so lange
ich der Berufsorganisation dienen zu können.

Paul Martin, Formengießer und Dreher, Althaldensleben

Arbeitsmarkt.

Selbständige Maler

zum Tönen von plastischen Kunstgegenständen (Reliefs, Figuren,
mentrippen usw.) finden sofort dauernde Beschäftigung bei den
Detmolder Kunstwerkstätten, Mü. Laueremann, G. m. b. H., Detm.
Angebote mit Angabe des Lohnanspruchs an obige Adresse erb.

Porzellanmaler

Spezialist in feiner Blumenmalerei „Meißner Manier“ gesucht.
gebote mit Probearbeiten zu richten an die
Meißner Ofen- u. Porzellanfabrik, vorm. C. Leichert, Meissen, Neum.

Wir suchen für unseren hiesigen Betrieb — elektrotechnische
titel — einige flotte und geschickte

Gießerinnen und Fertigmacher

zum sofortigen Eintritt in dauernde Beschäftigung zu den hier
üblichen Akkordlöhnen.

Porzellanfabrik Teltow, G. m. b. H., Teltow bei Berlin

Porzellanmaler,

Spezialist in feiner Blumenmalerei „Meißner Manier“, gesucht.
gebote mit Probearbeiten zu richten an die
Meißner Ofen- u. Porzellanfabrik, vorm. C. Leichert, Meissen, Neum.

Geschäfts-Anzeigen.

= Ausgebranntes Gold =

kauft jeden Posten zu den höchsten Preisen

Oskar Müller, Juwelier
Zlmenau i. Th.

Goldschmiede, Goldplatten, Goldflaschen und alle in der Berggold-
vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung zu
höchsten Preisen
Oskar Rottmann, Stadtilm

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler

überhaupt der Porzellanbranche, sowie Stahlspachteln und Dreherma-
iefert zu soliden Preisen

Paul Materne, Schönwald i. Oberfranken

Auf Verlangen werden Pinsel nach Zeichnung oder Muster angefertigt.

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere

Pinsel, Paletten, Näpfe, Leere Goldflaschen

(mit Stäpfel zahle 5—10 Pf. je nach Gehalt, bei größeren auch be-
hend mehr) überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold lo-
die Scheideanstalt von

Max Harpt, Dresden-A., Köhlerstr. 17.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emilheimer, Langewiesen b. Jm., W.

Alle Malrückstände, Goldflaschen,

goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel usw.

kauft zu höchsten Preisen

Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweißstr. 32.

Schnelle, reelle Bedienung

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Gerden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Druck von Otto Goerle, Charlottenburg, Wallstr. 22